Seit September 2015 wohnt Rezvan gemeinsam mit meiner Frau und mir in unserer Wohnung. Rezvan ist 20 Jahre alt und kommt aus Afghanistan, sein Asylantrag ist gestellt. Auch wegen dieser Nähe beschäftigt mich die Flüchtlingsproblematik sehr.   
Hier einige Tagebucheinträge, emails an Freunde, extra für diese Seite geschriebenen Gedanken.

19.10

Ich will im Folgenden einem Gedanken nachgehen, der mich im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise besonders stark beschäftigt:  Kann es sein, dass hinter dem Reden vom Staatsversagen sich die Figur eines unbewusst als allmächtig gedachten Staates verbirgt, dessen Macht nur deshalb Grenzen hat, weil er sie nicht richtig einsetzt und weil er falsche Entscheidungen getroffen hat, der aber, würde er alles „richtig“ machen, jeder Herausforderung gewachsen (und damit allmächtig) wäre?  
Verbirgt sich hinter der Kritik an staatlichem Verhalten – eine Kritik, die von den Sympathisanten der massenhaften Flüchtlingsaufnahme genauso geäußert wird wie von deren Gegnern, - ein stiller, unbewusster Glaube an die Allmacht des Staates?

Am ehesten taucht ein Gedanke an eine Begrenztheit der Macht in der mannigfach verwendeten Sprachfigur von dem „Eingeständnis der Hilflosigkeit“ vor. Hilflosigkeit ist in dieser Sprachfigur etwas, was eingestanden werden muss. „Gestehen“ nun muss man schuldhaftes Verhalten, „Gestehen“ muss man einen Mangel,  eine Schuld, ein Versagen, Böswilligkeit und falsche Entscheidungen, „Gestehen“ muss man Regelverletzungen jeder Art.  
Ist aber Hilflosigkeit in jedem Fall Folge eines Mangels oder einer Schuld?

Wird in diesem Sprachgebrauch nicht suggeriert, dass die (Staats)Macht eine eigentlich allmächtige ist und sie nur aufgrund eines Versagens, von Böswilligkeit oder von Fehlentscheidungen in den Status der Hilflosigkeit geraten kann? Dass sie, wenn sie alles richtig machen würde, immer der Lage mächtig wäre?  
Würde man nun das Wort „Eingeständnis“ durch das Wort „Feststellung“ ersetzen, würde man sich des Vorwurfs aussetzen, hier werde ein Zustand quasi schicksalshaft beschworen, und würde sich gleichzeitig den Vorwurf einhandeln, hier entziehe ein Staat sich seiner Verantwortung. Mir scheint das sehr gut das Dilemma zu verdeutlichen, in dem aufgeklärtes politisches Denken bürgerlicher Art steckt: Das alles veränderbar und verbesserbar ist und der Mensch Herr über sein Leben sein soll und nicht mehr blinden Mächten ausgeliefert – das ist credo des aufgeklärten Denkens und ist Teil des credos kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Wer jedoch Grenzen der Macht nicht akzeptiert, verabsolutiert diese Macht zur Allmacht und führt durch die Hintertür den Gott wieder ein, den die Aufklärung vertrieben hatte. Ich vermute, so ungefähr ginge auch Adornos Dialektik der Aufklärung (habe ich leider nie verstanden)  
Macht der, der nichts mehr denken kann was außerhalb staatlicher Macht läge, den Staat nicht zu einem totalen Staat?

Auch das Sprechen von der „Lösung der Flüchtlingsfrage“ deutet in meinen Ohren auf solch ungute Allmachtsfantasien. Nach einer Lösung ist eine Frage keine Frage mehr, sie ist beantwortet. Wie könnten Fragen, die lebende Menschen jeden Tag aufs Neue stellen, je „gelöst“ werden wie eine mathematische Gleichung? Das ist nicht möglich. Es gibt keine Lösung. Es gibt bessere und schlechtere Verwaltung, Regulierung, es gibt nur langwierige Arbeit an den Problemen. Mit solchen leichtfertig gebrauchten Wörtern wie „Lösung“ wird nur die Erwartung geweckt (und zwangsläufig immer wieder enttäuscht) es müsse nur der Richtige kommen, der den gordischen Knoten zerhaut.

Lösbar wäre allerdings ein Teilaspekt der Flüchtlingsfrage, die Frage der Begrenzung der Zuwanderung. Doch wäre es dabei nicht mit Signalen oder Gesetzesänderungen getan, nicht einmal mit einer Änderung des Grundgesetzes mit dem Recht auf Asyl.  
Was, wenn nicht eine Allmachtsfantasie ist es, zu glauben, ein Gesetz, sei es selbst die Abschaffung des Asylrechts in der BRD, können Menschen abschrecken, die bereit sind ihr Leben aufs Spiel zu setzen?  
Denn die Flüchtlinge haben derzeit eine Waffe, die ihnen noch keiner aus der Hand zu schlagen wagt: Das ist der Einsatz ihres Lebens. Viele derjenigen, die kommen, setzen ihr Leben aufs Spiel. Das ist alles was sie haben, ihr Leben. Das zu riskieren macht ihre Stärke aus, und begründet die Hilflosigkeit der EU. Den radikalen Zäuneziehern bleibt es solange erspart, aus ihrem Radikalismus einen organisierten Massenmord zu machen, solange es irgendwo noch Staaten gibt, in die man die Flüchtlinge weiterschleusen kann. Gäbe es die nicht mehr, dann müsste Ungarn die Flüchtlinge nach Serbien drücken, die Serben nach Griechenland und den Griechen bliebe dann nur noch das Meer, wo sie ja auch herkommen. Die Flüchtlinge würde man dann behandeln wie die Soldaten einer fremden Macht, man trachtet danach, sie zu vernichten. Im Wort von der Flüchtlingsinvasion klingt diese Möglichkeit immer schon an.

Die Einrichtung von Hotspots, Vereinbarungen mit der Türkei und andere Maßnahmen, die derzeit angedacht und geplant werden, haben genau das zum Ziel: Den Flüchtlingen ihre Waffe zu entreißen, ohne sie umkommen lassen zu müssen. Politik wird versuchen, es gar nicht dazu kommen zu lassen, dass die Flüchtlinge ihr Leben aufs Spiel setzen können während der Flucht.  
Damit schützt man ihr Leben und nimmt ihnen ihre einzige Waffe.   
Jede „Verbesserung“ für die Flüchtlinge während ihrer Flucht mindert ihre Chancen auf Aufnahme. Wenn sie sich keiner Lebensgefahr mehr aussetzen müssen auf ihrer Flucht sind sie nichts anderes mehr als bedürftige Menschen, denen wir Hilfe geben oder eben nicht. Dann werden sie verwaltbar.

Wie „nackt“ das Leben bleiben soll, das gerettet wird, darüber wird politisch verhandelt.

Dass die Flüchtlinge vom Balkan ihr Leben nicht aufs Spiel setzen müssen, macht sie schon fast automatisch zu "Wirtschaftsflüchtlingen".

Ich treffe manchmal auf intelligente Menschen, die sich darüber wundern, dass ein Flüchtling alles, was er hat zu Geld macht, um es mitnehmen zu können. Ihnen kann die Nacktheit des Lebens gar nicht weit genug gehen.

Bundeskanzlerin Merkel gilt als hervorragende Machtpolitikerin - wobei mir unklar ist, wie jemand ohne ausgeprägtes Verständnis von Machtmechanismen und innigem Verhältnis zur Macht Regierungschefin eines großen Industriestaates werden könnte, diese Bezeichnung also eine Nullbezeichnung ist. Vielleicht hat sie als Machtpolitikerin auch eine genauere Kenntnis von den Grenzen ihrer Macht als viele machtlose Menschen, die ohne diese Kenntnis zu Allmachtsfantasien neigen. Mir scheint, sie zog in diesem einen Moment am 6. September daraus die Konsequenz zu sagen, wenn ich etwas nicht verhindern kann, ohne eine der Legimitationen meiner Macht offensichtlichst zu verletzen (Den Schutz des Lebens) dann muss ich es wenigstens bejahen, um handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben/zu werden.

Wie sehr hätte ich mir gewünscht, dass die Bundeskanzlerin bei ihrem Interview mit Anne Will gesagt hätte: Wir haben doch gar keine Wahl. Vermutlich hat sie ein Gespür dafür, dass dies ein Satz wäre, den man einer Regierungschefin nie verzeihen würde.

Aus der Kneipe 1:

„Man muss sie ja nicht im Meer treiben lassen, man kann sie dorthin zurückbringen, wo sie herkommen.“  
„Nach Libyen beispielsweise?“  
„Ja, nach Libyen beispielsweise“  
„Und wenn sie sich dann wieder aufmachen?“  
„Dann wieder zurück.“  
„Immer hin und her?“  
Im folgenden Achselzucken beantwortet sich die Frage nach den Allmachtsfantasien, die ich mir anfangs stellte. Über Leben und Tod eines anderen entscheiden zu können, das ist die fundamentalste Macht, die einzelne haben.

Aus der Kneipe 2:

„Man kann sie ja retten von ihren Booten, aber dann bringt man sie zurück, dorthin, wo sie gestartet sind.“  
„Es gibt Rechtsauffassungen, die sagen, auf einem Schiff der Frontex gelte automatisch EU-Recht“  
„Dann muss man dieses Recht ändern“  
„Die Genfer Flüchtlingskonvention verbietet das Zurückbringen von Flüchtlingen“  
„Andere halten sich doch auch nicht an diese Genfer Flüchtlingskonvention. Warum sollen wir uns daran halten?“  
Ist das nicht auch ein Zeichen von Allmachtsfantasien: Recht wird geändert, wo es geht und wenn es nicht änderbar ist, wird es gebrochen. Nichts soll die eigene Macht einschränken können.

Aus der Kneipe 3:  
  
„Es ist eine Art Erpressung, was die Flüchtlinge mit uns treiben. Rettet uns oder wir ersaufen.“  
„Das kann man so sagen. Man kann auch sagen: sie bitten um unsere Gnade.“  
„Was ist das für ein Wort! Gnade! Als ob wir Kaiser, König ein Gott wären, die man um Gnade anfleht! Wie anmaßend!“  
„Was ist Erpressen für ein Wort? Erpressen tun Verbrecher. Das Wort macht alle Flüchtlinge zu Verbrechern und uns zu deren Opfer. Das kann es auch nicht sein.“  
„Wie wäre es mit „hoffen auf Mitmenschlichkeit?“ „bauen auf Solidarität?““  
„Bisschen schwach, finde ich, zu häufig gebraucht auch bei Tarifkonflikten oder anderen Situationen bei denen es nicht um Leben oder Tod geht. Zudem: in Gnade schwingt dein Erpressen noch mit als Vergehen, das verziehen wird. Und „Wir“ werden ja erpresst von denen. Entweder wir machen, was sie wollen und retten sie aus dem Meer oder wir verlieren unser Selbstbild als zivilisierte Menschen. Das ist ja eine Art Erpressung.“  
„Trotzdem, Gnade geht gar nicht!“

Ich habe in den späten 70 ger Jahren angefangen, irgendwie politisch zu denken. Damals gab es eine Sprachfigur, an die ich heute manchmal denken muss: Man müsse den Staat zwingen, sein wahres, sein faschistisches Gesicht zu zeigen – das war ein Teil der Rechtfertigungsstrategie der RAF für ihre Taten.  
Eine vergleichbare Frage stellen uns die Flüchtlinge auf dem Meer: Zeigt uns euer wahres Gesicht.  
Für wie schlecht ich die Welt jenseits meines Glaubens, wir leben in der besten aller bisherigen Welten, dann doch halte, merke ich daran, dass ich Frau Merkel innerlich lobe für etwas, was ich für selbstverständlich halte in einem Teil meines Bewusstseins: sie zeigt, dass das wahre Gesicht der BRD kein faschistisches ist.

Ich glaube, neben dem kritischen Blick auf alle Akteure braucht man derzeit einen gnädigen Blick auf alle Akteure.

Was aus der Not geboren ist wie die Flucht, wird immer von der Not gezeichnet bleiben. Immer, egal, wie gut die Not verwaltet wird. Flüchtlingspolitik schafft keine Not aus der Welt, vielleicht kann sie sie lindern. Wer mehr erwartet, überschätzt seine Macht.

Im Vorwurf, die Verantwortlichen hätten vorhersehen müssen, was auf die BRD zukommt und schon früh Vorsorge treffen müssen für die Menge an Flüchtlingen, steckt die Vermutung, wahrhaft kluge Politiker und Verwaltungsbeamte könnten genügend Vorstellungskraft haben, um sich in die so vielfältigen Motivationen so vieler verschiedener Menschen hineinzudenken. Die Berechenbarkeit von menschlichen Verhalten wird in einem solchen Vorwurf total gesetzt.  Kommt darin nicht ein Glaube zum Ausdruck, es könne nichts geben, was nicht berechenbar wäre?  
Als ausgesprochene Idee (statt als vorbewusster Glaube) jedoch würden viele derjenigen die Idee der totalen Berechenbarkeit von Menschen als unmenschlich bezeichnen, die genau den Vorwurf erheben, der Staat hätte sich (am in meinen Augen Unberechenbaren) verrechnet.

Die Verquickung von Eingeständnis einer Schuld des Westens am den Flüchtlingsdramen und Ablehnung der Merkelschen Öffnungsmomentes gelingt vielen ganz bruchlos. Das ist erstaunlich auf den ersten Blick.  
Auf den ersten Blick sollte man meinen, wer von westlicher Schuld spricht, sollte auch deren Folgen akzeptieren können. In (unguter) moralischer Terminologie würde dann auf die Schuld eine Strafe folgen, jeder Flüchtling wäre dann tatsächlich die Strafe, als die ihn viele ansehen.   
Nur wird dieses Eingeständnis einer Mitschuld des Westens, auch wenn man es konkreter benennt und statt Westen BRD sagt ( wo viele dann schon zusammenzucken), mit der Einschränkung versehen, gerade an dem Platz, an dem man selber steht, hat man damit gar nichts zu tun. Niemand sieht sich selbst als Profiteur dieser Mitschuld – egal, wie angemessen dieser Gedanke (in Grobform: Der Reichtum des Nordens ist die Armut des Südens – was in dieser Verkürzung nicht meine Meinung ist): Als Profiteur – und nur der Profiteur muss für den Schaden zahlen, den er anrichtet – sieht sich keiner. Der Staat oder „Das System“ sind immer die anderen. Wer Sozialleistungen bezieht, sieht sie oft als die Brotkrumen, die die da oben übriglassen. Und wer es „geschafft“ hat, hat es geschafft aus eigener Leistung. So sind es immer die anderen, die profitieren.  
Wäre dieses Schuldeingeständnis ernst gemeint, dann müsste man auch sich selbst als Mitprofiteur westlicher Untaten ansehen. Das geschieht aber nicht.  
„Staatliche Leistung“ wird gerne gleichgesetzt mit staatlichen Sozialleistungen. Dass jeder, der sich hoch qualifizieren konnte, sich diese Qualifizierung in vom Staat bereitgestellten Strukturen erarbeitet hat, wird schlichtweg ausgeblendet. Die neoliberale Maxime, jeder sei für sich selbst verantwortlich, ist so weit verinnerlicht, dass das Verwobensein mit der Gemeinschaft, in der man lebt, ausgeblendet wird.  
Dabei dürfte gelten: Je höher einer qualifiziert ist, desto vielschichtiger ist die vom Staat bereitgestellte Basis, auf der er arbeitet. (Wer Obst verkauft, braucht relativ wenig staatlichen Unterbau, Straßen, Strom, einen Hauptschulaabschluss, einen geregelten Geldverkehr, solche Basic-Dinge, wer als Krankenschwester arbeitet, profitiert zusätzlich von Berufsschule, gesetzlicher Krankenversicherung, wer dort operiert, besuchte Universität und profitiert von den staatlicher Forschung usw.)  Viel leisten kann man nur in Strukturen, die diese Leistung ermöglichen.

Beim Wort „Reichtum“ denken heute viele ausschließlich – oder wenigstens im ersten Gedanken, auf den ein zweiter manchmal nicht folgt - an den privaten Reichtum. Die Flüchtlinge kommen in die EU und besonders in die BRD jedoch wegen des öffentlichen Reichtums dieser Staaten. Eine neue Wertschätzung von eben nicht selbstverständlichen Dingen wie Straßen, Sicherheit, Strom, Schulen, Kindergärten, Univeristäten, Krankenversicherung, öffentlicher Nahverkehr und vielem vielem vielem anderen mehr – von den Flüchtlingen könnte eine Höherbewertung dieser Errungenschaften ausgehen.

15.9

Der gegenwärtige Flüchtlingsstrom hat viele kausale Motive. Einer davon ist die Verbreitung der Smartphones und des Internets. Das Smartphone erlaubt den Flüchtlingen dreierlei: Die Verbindung mit der Vergangenheit – den zurückgebliebenen Verwandten und Freunden - eine Verbindung mit der Zukunft – mit denen, die bereits in den jeweiligen Wunschländern leben – und eine Orientierung in der Gegenwart: dank GPS weiß man immer, wo man ist, auch im fremden Land, in dem man sich ohne Sprachkenntnisse sonst gar nicht orientieren könnte.  
Das ist mit ein Grund, weshalb der Verteilungskampf – und im Kern ist jede Fluchtbewegung ein Verteilungskampf – für den es vor zehn Jahren schon die gleichen Gründe gegeben hätte wie heute erst heute in Europa so massiv in Erscheinung tritt.

Auf dieser einen Ebene, dem Zugang zur Kommunikation und zur Information, gibt es tatsächlich schon eine Weltgemeinschaft, in der tendenziell Gleichheit herrscht. Aber eben nur auf dieser einen Ebene.

Wer Lust auf Widersprüche hat, kann folgendes dazu sagen: den entwickelten Staaten des Westens  fällt nun ihr bislang letzter großer Fortschritts- und  Entwicklungsschub, nämlich Entwicklung und Aufbau des Internets, auf die Füße: während alle anderen durch Technik und Ingenieurskunst produzierte Entwicklungsschübe die Tendenz hatten, die Kluft zwischen entwickelten und weniger entwickelten Staaten immer zu vergrößern, (auch wenn, absolut gesehen, auch die Wirtschaftsleistung vieler weniger entwickelten Staaten von den Segnungen der Ingenieure profitieren) hat diese letzte Revolution entgegengesetzte, nämlich gleichmachende Wirkung. Dass diese Gleichheit eine partielle ist, erfährt jeder Flüchtling in jedem Lager.

Die Güter, um deren Verteilung gekämpft wird, sind einerseits soziale Güter, andererseits materielle: Das Streben nach sozialen Gütern, die allen in einer Gemeinschaft lebenden gleichermaßen zukommen, also Güter wie Sicherheit, Friede, gesicherte Grundversorgung mit Wasser und Strom, aber auch politischen Gütern wie der freien Meinungsäußerung, wird in unserer Gesellschaft mit  wohlwollenderen Augen angesehen als das Streben nach materiellen Gütern, von denen jeder einzelne als einzelne Person profitiert.  
Darin kann man durchaus ein Motiv sehen, das man als links bezeichnen darf: Die Gemeinwohlorientierung wird höher geschätzt als das private Gewinnstreben. Das ist ein Moment in der Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Menschen, die nach deutschem Recht ein Anspruch auf Asyl haben, zu dem ich durchaus ja sagen kann.  
In anderer Hinsicht ist diese Unterscheidung natürlich obsolet, weil kein Mensch aus nur einem Motiv handelt, sondern aus einer Vielfalt von Motiven, sonst wäre er wohl kein Mensch.  
Zum Anfang einer Flucht mag es tatsächlich noch eine Unterscheidung geben zwischen Menschen, die aus primär wirtschaftlichen, am Eigennutz orientierten Gründen fliehen und zu Menschen, die primär grundlegende soziale Güter suchen.  
Auf die Frage, „weshalb bist du geflohen?“ gibt es sicherlich Antworten, die die gängige Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und „guten Asylsuchenden“ bedienen können.    
Doch auf dem Weg werden alle Flüchtlinge gleich: Sie suchen die Orte, wo sie auch persönlich und unter materiellen Gesichtspunkten die größten Chancen sehen, ihr Leben zu verbessern. Die Antwort auf die Frage: Warum? und die auf die  Frage: Wohin? sind Ergebnis verschiedener Gedankengänge. Spätestens an Europas Außengrenze – so kommt es mir vor - werden alle Flüchtlinge zu sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen.  
Menschen abzusprechen, aus einer Vielfalt von Motiven zu handeln, hieße, ihr Menschsein unzulässig zu beschneiden.

Die Antwort auf die „Warum“ Frage führt nach Europa, die nach der „Wohin“-Frage nach Nordeuropa. Von daher hat Victor Orban recht, wenn er sagt, die Flüchtlingsproblematik sei ein deutsches (besser hätte er gesagt, ein nordeuropäisches) Problem, denn spätestens an Europas Grenzen geht es für die Flüchtlinge überwiegend um die "WOhin?" - Frage.